

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein- gesandt 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen- gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpfannen auf den Staatsforstrevieren.
Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 55

Dresden, Freitag, 6. März

1925

Unterhausdebatte über die auswärtige Politik.

Die Räumung Kölns — Saargebiet — Danzig — polnischer Konflikt und andere Fragen.

Chamberlain begrüßt den deut- schen Schritt.

London, 5. März.

Der Liberale Fisher, der die Debatte über die auswärtige Politik im Unter- haus eröffnete, bewertete die Abwesenheit Lloyd Georges infolge Krankheit und sagte, die Debatte werde Chamberlain Gelegenheit geben, den Scheitler zu lästern, den er bisher so erfolgreich über die Geheimnisse der auswärtigen Politik belehrte. Die Liberalen seien der Ansicht, daß es wichtig sei, daß die britischen Delegierten für den Völker- bund mit der Ansicht des Hauses vertraut seien. Er wolle jedoch nicht auf vorzeitige Erklärung der Politik dringen. Die Veröffentlichung der Räumung Kölns sei ein sehr ernster Schritt der Regierung. Die britische Öffentlichkeit könne immer noch nicht die genaue Größe der Räumung der Räumung.

Fisher drang auf Veröffentlichung der Dokumente und sagte, es sei nicht genug, der Welt einfach die Hauptgründe anzugeben. Wenn er der Ansicht sein würde, daß die Ver- öffentlichung die Verhandlung verzögern werde, so würde er nicht darauf dringen. Aber er stelle sich vor, die deutsche Regierung werde das Dokument erhalten und werde über den besonderen Bezug unterrichtet werden, dessen sie beschuldigt werde. Wenn die Deutschen das Dokument er- halten, dann müsse auch das Unterhaus es be- kommen.

Fisher erklärte weiter, es sei wünschens- wert, daß Deutschland eingeladen werde, seine Beobachtungen zum Ver- richt zu machen. Er begrüße gewisse Erklä- rungen über diesen Punkt. Die Liberalen empfän- den große Beforgnisse über die von Herricot in der französischen Presse geführte Sprache.

Chamberlain ergriff das Wort, um zunächst auf die Fragen Fishers zu antworten. Cham- berlain erklärte:

Er begrüße den neuen Schritt der deutschen Regierung, der große Möglichkeiten für den Frieden und die Sicherheit der Welt habe und der Ausgangspunkt für eine wirkliche Erholung der europäischen Lage sein könne. Es sei zu früh, zu sagen, ob diese Vorschläge wirklich dazu führen würden oder nicht. Aber es sei nicht zu früh, zu sagen, daß die britische Re- gierung ihnen die größte Bedeutung beimesse und beabsichtige, ihnen die ernste Er- wägung zu geben in der Hoffnung, daß nach diesem freiwilligen Schritt der deutschen Re- gierung ein Weg gefunden werde, der von der unglücklichen Vergangenheit wegführe zu einer besseren und freundlicheren Zukunft. Wenn dies vollbracht werden könne durch und mit Hilfe Englands und wenn diese Hilfe er- forderlich sei, um es zustande zu bringen, so werde sowohl die Hilfe wie auch der gute Wille Englands nicht fehlen.

Fisher habe die Verwaltung des Saar- gebiets kritisiert. Nach Erwägung aller Umstände und nach Prüfung der Eignung des Herrn Kaout sei er zum Schluß gekommen, daß man für den Augenblick keine Verschiebungen wegen der Saarverwaltung zu hegen brauche.

Vonmündlich Danzig führte Chamberlain aus, er bitte sehr darum, den Vertreter Englands nicht zu sehr zu binden, wenn er im Begriffe sei, einen Beitrag zu den gemeinsamen Angelegenheiten mit den anderen Nationen der Welt zu leisten. Er teile völlig den Wunsch, daß die wiederhergestellte Republik Polen mit ihren Nachbarn in einem guten Verhältnis lebe und alles tue, um ihre Lage leichter zu gestalten und Schwierigkeiten zu vermeiden.

Zur Kölner Frage sagte der Redner, daß die Befestigung des gesamten Gebietes auf 15 Jahre festgelegt worden sei mit dem Vorbehalt, daß das Kölner Gebiet nach fünf Jahren geräumt werden sollte, wenn Deutschland seine Vertragsver-

pflichtungen erfüllt habe. Chamberlain fuhr fort,

man habe bis jetzt noch nicht einmal eine ver- trauliche Würdigung derjenigen Punkte er- halten, in denen sich Deutschland im Vertrag befinde. Aber man habe vor einiger Zeit ge- sprochen, daß Deutschland im Vertrag war und daß es nicht berechtigt sei, die Räumung vor der Zustimmung seiner Verträge zu beanspruchen.

Was die Veröffentlichung der 162 Seiten um- fassenden Berichte der Kontrollkommission bedeute, so habe er keinen Grund, etwas zu verbergen, wenn die Veröffentlichung zu einer Lösung dieser Frage führen würde. Wenn die Regierung ge- zögert habe, so sei das nicht deswegen, weil sie etwas verbergen wolle, sondern weil sie nicht sicher war, ob die Verträge gering oder groß ge- wesen seien.

Das Ziel der britischen Regierung sei, zum frühestmöglichen Zeitpunkt von der deutschen Regierung die Erfüllung dessen zu erhalten, was gerechtfertigt nach dem Vertrage ver- langt werden könne, damit die in Aussicht ge- nommene Räumung der besetzten Gebiete so- bald wie möglich in Kraft treten könne.

Was die Sicherheitsfrage betreffe, die von tiefer Bedeutung sei, so wisse er,

daß die Sicherheit der Hauptstütze für die schwierigen Probleme Europas sei. Zur Frage, ob die deutsche Regierung eine Ge- legenheit habe, ihre Beobachtungen und An- merkungen den Alliierten vorzulegen, so müße er wiederholen, daß er nur in Übereinstimmung und nach Beratung mit den Alliierten sprechen könne. Was die Frage Fishers nach etwaigen Vorschlägen Deutschlands anlangte, so habe Herricot bereits dem französischen Aus- wärtigen Minister für auswärtige Angelegen- heiten mitgeteilt, daß derartige Vor- schläge eingegangen seien.

Chamberlains erste Reaktion hierzu sei eine Mitteilung gewesen, die ihn in vertraulicher und geschlichter Form vor einigen Wochen errei- tet habe. Er habe sofort erklärt, daß er eine Mitteilung dieser Art nicht annehmen könne unter der all- schwerigsten Verpflichtung, daß er zu den Allie- ten (England) nicht davon sprechen dürfe.

Chamberlain fuhr fort: der deutsche Volkstha- ter habe ihm sofort, als er ihm seine Ansicht mitgeteilt habe, die Versicherung gegeben, daß es die An- sicht der deutschen Regierung war und daß dies gewesen sei, eine gleichzeitige Mit- teilung nach Paris, Rom und Brüssel ergo- hen zu lassen. Das sei jetzt geschehen.

Der Liberale Sir Edward Grey sagte, die Vorschläge, die Deutschland über- mittelt habe, hätten einen Fortschritt dar- in der Regelung der Sicherheitsfrage. Sie könnten als in der von England gewünschten Richtung liegend angesehen werden. England müsse diese Vorschläge eifrig fördern. Sie würden auch bei den Dominions mehr Begeisterung finden, als ein einseitiger Pakt. Auch Holland sei an einer Sicherung der Grenzen interessiert, wie überhaupt jede andere Macht.

Edw. Davies erklärte, die wirkliche Ge- fahr in Europa sei der Imperialismus Frankreichs. Englands Interesse würde am besten gedient, wenn es sich von jedem Pakt fernhalte.

Der Liberale Sir John Simon wandte sich gegen die französische Auffassung, daß die Räumung des Rheinlandes irgendeine Sicherheit im Zusammenhang stehe. Frankreich sage mit vollem Recht, so er- kläre der Redner, daß es bei der Unterzeichnung des Vertrags von Versailles durch die ihm ange- botene Garantie beeinflusst worden sei.

Daß diese dann nicht zustande gekommen sei, sei aber weder die Schuld Großbritanniens noch Deutschlands gewesen. Deutschland habe daher ein Recht, das zu fordern, was ihm im Vertrage zugesagt werde. Der beste Weg, Frankreichs Befürchtungen zu zer- brechen, sei die Aufnahme Deutsch- lands in den Völkerbund. Es würde aber bedauerlich sein, wenn Frankreich sich nicht dazu ver- stehen sollte, die britische These anzuerkennen, daß Frankreich keine freie Hand im Rheinland habe, solange nicht der Garantiepakt geschlossen sei. Wenn Deutschland keinen einzigen Verstoß gegen die Entlassungsbestim- mungen begangen habe, seien die Gewährer un- berechtigterweise in Köln. Aber die Regierung, noch die öffentliche Meinung Englands dürften sich zufriedengeben, wenn nicht die Beschwerdepunkte veröffentlicht und Deutschland mitgeteilt werden und wenn nicht Deutschland in allerhöchster Zeit Gelegenheit erhalte, seine Auffassung vorzubringen, was das einjährige Gerichtsverfahren verlange.

Sir Robert Hutchison betonte die Not-wendigkeit, Deutschland und Rußland in den Völkerbund aufzunehmen. Er sagte, eine der Grenzen Ostpreussens könne leicht Anlaß zu Schwierigkeiten geben. England müsse diese Tatsache im Auge behalten. Auch die Frage der Saargebiete bilde einen wichtigen Punkt bei der Gesamterlegung.

Der Liberale Runciman bedauerte, daß Cham- berlain sich die Hände in der Saargebiet gebunden habe. Warum wurde das französische Ele- ment im Saargebiet ermutigt und das deutsche entmutigt? Denn die Verwaltung des Saargebietes müsse streng unparteiisch bis zur Volksabstimmung sein.

In Erwiderung auf eine von Runciman an der Verwaltung des Saargebietes geübte Kritik erklärte Chamberlain, er rechne das Saar- gebiet nicht zu den Gefahrenpunkten von Europa. Es gebe dort eine gewisse Erregung und Unzu- friedenheit, die von der einen oder andern Seite erzeugt worden sei. Er sei auch nicht geneigt, alles, was in der Verwaltung des Saargebietes vorkomme, zu verteidigen. Eine große Zahl von Mägen sei jedoch unberechtigt. Wenn dort etwas Unrechtes geschehen sei, so bestrebe er sich, dies zu beheben, es wieder gutzumachen, wenn diejenigen, die sich über das Unrecht beklagten, dieses auf die Punkte beschränken würden, für die sie eine tat- sächliche und wahre Begründung hätten, um sie dem Völkerbundrate zu unterbreiten. Er sei zu dem Schluß gekommen, daß es nichts Besseres tun könnte, als die Wahl Kaouts zu unterstützen, der sich eine große Erfahrung erworben habe. Runciman würde, wenn er mit ihm persönlich zu- sammenkäme, eine bessere Meinung bekommen.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 5. März.

Am Freitag beabsichtigt die Reichstags- fraktion des Zentrums, mit den republi- kanischen Parteien wegen der Neuwahl des Reichspräsidenten Fühlung zu nehmen. Sie selbst will jedoch nicht selber einen endgültigen Beschluß fassen, als bis sich die sozialdemokratischen Parteiführer ent- schieden haben.

Die deutschnationale Presse schweigt sich bisher über ihren Kandidaten noch aus. Die deutschnationale Führung versucht aber um so eifriger, eine Einigkeit mit den übrigen monarchistischen Parteien zu erreichen und zwar so, daß nach Möglichkeit schon in ersten Wahl- gang ein monarchistischer Sammela- didat präferiert wird. So ist z. B. von der deutschnationalen Reichstagsfraktion bereits mit der Deutschen Volkspartei, der Bayeri- schen Volkspartei und der Wirtschaft- lichen Vereinigung und den in Frage kom- menden Verbänden zweifelhafte Aufstellung eines gemeinsamen Kandidaten Fühlung genommen worden. Personennamen sollen dagegen bei dieser Gelegenheit noch nicht erwähnt werden. Die Besprechungen sollen in der nächsten Woche, wenn alle Führer der beteiligten Parteien in Berlin eingetroffen sind, fortge- setzt werden.

Eine Äußerung der „Zeit“.

Berlin, 6. März.

Die „Zeit“ äußert die Vermutung, daß die Sozialdemokraten und Demokraten selbständige Kandidaten aufstellen werden. Als Kandidat auf die demokratische Kandidatur nennt das Blatt den Hamburger Bürgermeister Dr. Peterzen und den bühnen Staatprä- sidenten Dr. Vellpaß. Auf Zentrumseite sei die Aufstellung von Marx so gut wie sicher. Was die Parteien rechts vom Zentrum anlangt, so werde es hier aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer gemeinsamen Kandidatur kommen. Es sei bereits innerhalb des Aus- schusses, der die Entscheidung vorzubere- iten habe, eine engere Wahl getroffen wor- den, jedoch es sich nur noch um die Entschlei- dung über vier Personen handle.

Wie das Blatt weiter mitteilt, scheinen die Sozialdemokraten und Demokraten ein

besonderes Geheiß über die Stellvertretung des Reichspräsidenten bis zum Amtsantritt des neu gewählten Reichspräsidenten für notwendig zu halten. Die „Zeit“ glaubt aber, daß bei den übrigen Parteien die Ansicht herrsche, daß für die bevorstehende kurze Übergangszeit der Reichs- tagler weiter die Stellvertretung führen könne. Wenn sich aus irgendwelchen Gründen die Notwendigkeit einer besonderen Stell- vertretung ergeben sollte, so scheine man in diesem Falle den Reichspräsidenten Dr. Simons als geeignete Persönlichkeit für die Übernahme der Stellvertretung zu betrachten.

Zum Briefe Löbes.

Berlin, 5. März.

Der „Vorwärts“ schreibt: Wir sind der Meinung, daß die „Volksrecht“ besser getan hätte, diesen Brief überhaupt nicht zu ver- öffentlichen, da er noch nicht entschieden ist. Die Partei hat noch keine Beschlüsse gefaßt und es geht nicht an, daß sich Parteigenossen, sei es auch aus noch so sympathischen Gründen, von vorn- herein Aufträge versetzen, die ihnen die Partei vielleicht erteilen könnte. Wir glauben auch nicht, daß die Ansicht des Genossen Löbes ist. Die Partei muß entscheiden, wie sie bei der Reichspräsidentenwahl vorgehen will, und dann dürfen ihre Absichten nicht durch die Weige- rung eines einzelnen, die diesem zugeordnete Aufgabe zu übernehmen, durchkreuzt werden. Obgleich das muß es also heißen: Die Ge- schehenheit in allen Ehren, aber über die Bescheidenheit die Disziplin.

Die Kandidatur des Kronprinzen.

Berlin, 5. März.

Zu Meldung, der ehemalige Kronprinz werde der deutschnationalen Präsidenschafts- kandidatur, wird von den deutschnationalen entschieden in Abrede gestellt. Von nationalliberaler Seite aus den Kreisen um Dr. Maxfeldt und Freiherr von Rem- nig ist dagegen schon vor Wochen die Parole ausgegeben worden, zu Propaganda zwecken einige tausend Stimmen für den Kron- prinzen abzugeben. An eine offizielle Kandidatur des Kronprinzen wird auf der rechten jedoch nicht gedacht.